

## Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in der Ukraine

Lüdemann, Ernst

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lüdemann, E. (1997). *Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in der Ukraine*. (Berichte / BIOst, 39-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43162>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
Einleitung .....	7
Dissidentenbewegung und Zusammenbruch des kommunistischen Regimes .....	8
Auseinandersetzung mit der Geschichte .....	9
Die nationaldemokratischen Gruppierungen.....	10
Kommunistische Partei, Postkommunisten und linke Kräfte.....	12
Rehabilitationen .....	15
Öffentlicher Dienst und Armee .....	20
Symbolik .....	21
Summary .....	27

7. August 1997

Im Rahmen eines Projekts der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit" entstand der vorliegende Bericht aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien.

Der Verfasser ist Mitarbeiter der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Außenstelle Heidelberg.

Redaktion: Gerhard Simon



**Ernst Lüdemann**

## **Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in der Ukraine**

Bericht des BIOst Nr. 39/1997

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Dieser Bericht ist Teil eines Forschungsprojektes, in dem die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in zahlreichen Staaten des östlichen Europa untersucht wird. Der vorliegende Beitrag über die Ukraine konzentriert sich insbesondere auf die Rehabilitationen, die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Symbolik und die Aufarbeitung bzw. fehlende Aufarbeitung der jüngsten Geschichte. Der Bericht geht auch auf die großen Unterschiede in all diesen Bereichen in den verschiedenen Regionen des Landes ein. Als Quellen wurden hauptsächlich die ukrainische Publizistik und Gesetzgebung herangezogen.

#### *Ergebnisse*

Die Erscheinungsformen der totalitären kommunistischen Diktatur waren in der Ukraine besonders scharf ausgeprägt, sie hatten nicht nur einen klassen-, sondern auch einen nationalitätenpolitischen Hintergrund. Unter Stalin fielen Millionen ukrainischer Bauern der Zwangskollektivierung, die einer gezielten Aushungerung von Dörfern der "Kulaken" gleichkam, zum Opfer. Begleitet wurde dieser Hunger-Massenmord von der physischen Vernichtung erheblicher Teile der ukrainischen Intelligenz. Unter Brežnev stellten die Ukrainer einen überdimensionalen Anteil der Polithäftlinge; Regungen des Protestes wurden in dieser Sowjetrepublik stets – aus nationalitätenpolitischem Kalkül heraus – besonders grausam unterdrückt.

Die Abrechnung mit und die Abkehr von der Vergangenheit wird auf einigen Gebieten vollzogen, so in den Medien und in der Öffentlichkeitsarbeit der entsprechenden Vereinigungen, auf anderen, entscheidenden jedoch fast gar nicht (z.B. strafrechtliche Verfolgung). In der Ukraine werden die sechs Jahre seit der Verkündung der Unabhängigkeit sowie auch die jetzige Phase von den nichtkommunistischen Kräften als Periode der "Staatsbildung" bezeichnet. Die innere Situation der Ukraine ist gekennzeichnet vom Gegeneinander zweier feindlicher Lager, zwischen denen es wenig Vermittlung gibt: Die Kommunisten und die ihnen nahestehenden Gruppen streiten gegen die "nationaldemokratischen" Parteien und Gruppierungen.

Die Frage der Transformation ist mit dem entscheidenden Problem der nationalstaatlichen Selbstbehauptung verbunden. Die Kommunisten lehnen (trotz mancher Lippenbekenntnisse)

die Selbständigkeit der Ukraine ab, sind faktisch für den Wiederanschluß an Rußland, gegen die sprachlich-kulturelle Ukrainisierung und kämpfen zugleich gegen Marktwirtschaft und westliche Demokratie. Ihre Gegner betonen die Abwendung von der kommunistischen Vergangenheit und streben auch die (noch kaum begonnene) juristische Aufarbeitung an. Sie befürworten die marktwirtschaftlichen Reformen und die Vollendung des Rechtsstaates und sind gegen alle Versuche Rußlands und der Kommunisten im eigenen Land, die Sowjetunion in anderer Form wiederaufleben zu lassen.

Insgesamt haben die Kommunisten mit der Verabschiedung der von ihnen mehrheitlich bekämpften Verfassung durch das Parlament am 28. Juni 1996, mit den seit Präsident Kučmas Amtsantritt (Juni 1994) konsequent verfolgten marktwirtschaftlichen Reformen, mit der Durchführung der Währungsreform Anfang September 1996 und mit der von Kučma vollzogenen engen Anbindung an den Westen, besonders an die USA, deutliche Niederlagen einstecken müssen. Die profunde Wirtschaftskrise ist jedoch ein Faktor, der den "alten Kräften" zugute kommt.

Die juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts wurde in der Ukraine noch nicht in Angriff genommen. Die Rechtsgrundlagen dafür fehlen. In der Verfassung wird das strafrechtliche Rückwirkungsverbot festgeschrieben. Immerhin wird die strafrechtliche Verfolgung der Täter der sowjetischen Zeit in der demokratischen Presse gefordert. Die moralische Verantwortung wird den Vertretern des alten Regimes und den offenkundigen Handlangern der Repressionen in den demokratischen Medien kollektiv (Kommunistische Partei) und individuell, mit Namensnennung, angelastet.

Unterlagen der Geheimdienste und der Kommunistischen Partei sind nicht allgemein zugänglich. Nach dem Rehabilitationsgesetz werden Verfolgte zwar individuell entschädigt, die gesellschaftsverändernden Masseneinteignungen sind jedoch ausgenommen. Eine Lustration von früheren KP-Funktionären findet nicht statt, die Weiterbeschäftigung in Staatseinrichtungen wird ihnen nicht grundsätzlich verwehrt.

Mehrere demokratische Gruppierungen, insbesondere die "Allukrainische Gesellschaft der Polithäftlinge und Verfolgten", halten mit Hilfe der demokratischen Presse und mit Unterstützung der ukrainischen Rundfunk- und Fernsehprogramme die Erinnerung an das geschehene Unrecht wach und fördern zumindest die moralische Auseinandersetzung. Dabei werden auch Kollaborateure namentlich genannt. In der Öffentlichkeit werden Gedenkfeiern und Ausstellungen durchgeführt, Mahnmale werden eingeweiht. Andererseits ist die alte sowjetische Symbolik selbst in der Hauptstadt teilweise, im Ostteil des Landes noch weitgehend vorhanden. Im Sommer 1996 wurde zu der längst beschlossenen Entfernung der sowjetischen Namen und Symbole ein neuer Anlauf genommen. Ausgeprägt ist die Abkehr vom sowjetischen totalitären System und die Aufarbeitung der Vergangenheit in der Geschichtswissenschaft, auch in den Lehrplänen und in der praktischen Schularbeit.

Die 1993 wieder zugelassene Kommunistische Partei und ihr nahestehende Gruppierungen sind die wesentlichen Hindernisse für eine radikalere Auseinandersetzung mit der sowjetischen Vergangenheit. Da diese Partei am Sowjetsystem festhält, eine Erneuerung des ukrainisch-russischen überstaatlichen Blocks will, nur einzelne Fehlentwicklungen der realen sow-

jetischen Gesellschaftsordnung zugibt und gegen die Verfassung und die marktwirtschaftlichen Reformen aufgetreten ist, sind Bekenntnisse zur Demokratie und auch zur Unabhängigkeit der Ukraine als Lippenbekenntnisse oder Minderheitenansichten unter den Kommunisten zu werten. Immerhin haben einige kommunistische Abgeordnete für die Verfassung gestimmt, und es scheint auch einen kleineren Flügel zu geben, der die Selbständigkeit der Ukraine voll bejaht. National- und reformkommunistische Einflüsse müssen berücksichtigt werden, wie ja auch ein erheblicher Teil der Unabhängigkeits- und Demokratiebewegung Ende der 80er Jahre aus der Parteinomenklatura heraus entstand.





## Einleitung

Die Erscheinungsformen der totalitären kommunistischen Diktatur waren in der Ukraine besonders scharf ausgeprägt. Sie forderte in diesem Land unter Stalin Millionen von Opfern. Die Abkehr von der Vergangenheit, die Darstellung und Verurteilung der kommunistischen Verbrechen, die Wiedergutmachung an den Opfern und ihren Familien sind lebensnotwendig für die Festigung der jungen ukrainischen Demokratie.

Der Zusammenbruch des Herrschaftssystems der Sowjetukraine wurde einerseits herbeigeführt durch eine antisowjetische Bewegung unter der Führung ehemaliger Verfolgter des Regimes. Diese betreiben heute die Abrechnung mit dem alten System. Zu einem erheblichen Teil wurde die postsowjetische Ukraine aber auch von Vertretern der ehemaligen Nomenklatura geschaffen, die zur Reform- und Unabhängigkeitsbewegung übergetreten waren. Sie verfügen heute über großen Einfluß im Staat und in der Gesellschaft – eine Lustration findet nicht statt – und sind an der Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit nicht interessiert. Dieser Prozeß ist deshalb, und insbesondere aufgrund des offenen Widerstandes der 1993 wieder zugelassenen Kommunistischen Partei der Ukraine, noch unvollendet. Die Kommunisten, und nicht die (postkommunistische) Sozialistische Partei, stellen das Haupthindernis für eine radikalere Auseinandersetzung mit der sowjetischen Vergangenheit dar. Im Kampf zwischen den Verfechtern des alten Systems und den Gegnern des Sowjetkommunismus ist ein deutliches regionales Gefälle der Orientierungen zu beobachten: Die der Vergangenheit zuneigenden (und zugleich die Anlehnung an Rußland befürwortenden) Kräfte sind besonders stark im Osten und auf der Krim vertreten. Die Westukraine ist der Hauptstützpunkt der antikommunistischen Gruppierungen.

Diese sind jedoch nicht nur im Westteil des Landes erfolgreich gewesen. Sie halten wichtige Bastionen im Parlament, in Kultur und Wissenschaft und in den Medien. In entscheidenden Bereichen arbeiten sie mit der Regierung Kučma gegen die Kommunisten zusammen. Ausgeprägt ist die Abkehr vom sowjetischen totalitären System und die Aufarbeitung der Vergangenheit bereits in der Geschichtswissenschaft. Die Auseinandersetzung mit der sowjetischen Ära, auch aufgrund von Unterlagen der Geheimdienste und der Kommunistischen Partei, wird hier als eine der wichtigsten Aufgaben behandelt. Dies schlägt sich in den Lehrplänen und der praktischen Schularbeit nieder.

Eine wichtige Voraussetzung für die gesellschaftliche Überwindung sowjetischer Relikte wurde mit der Verabschiedung der Verfassung durch das Parlament am 28. Juni 1996 geschaffen. Die nationaldemokratischen und reformerischen Kräfte unterstützten dabei Präsident Kučma, die Kommunisten erlitten eine entscheidende Niederlage. Die tiefgreifende Wirtschaftskrise ist jedoch ein Faktor, der den "alten Kräften" zugute kommt.

Schwerwiegende Mängel und klare Erfolge bei der juristischen Bewältigung des kommunistischen Unrechts spiegeln die Halbheiten des Übergangs wider: Einer konsequenten Strafverfolgung der Täter wurde selbst in der Verfassung ein Riegel vorgeschoben. Rechtsgrundlagen dafür fehlen. Jedoch schreitet die Rehabilitation und Entschädigung der Opfer bereits seit

1991 in breitem Umfang voran, und der ukrainische Staat nimmt dabei große Belastungen auf sich.

Vom Kampf der beiden Tendenzen geprägt ist auch das Bewußtsein und das Verhalten der gesamten Bevölkerung. Einerseits werden in der Öffentlichkeit Gedenkfeiern und Ausstellungen für die Opfer des sowjetischen Terrors durchgeführt und Mahnmale eingeweiht. Andererseits ist die alte sowjetische Symbolik selbst in der Hauptstadt teilweise, im Ostteil des Landes noch weitgehend vorhanden. Der Streit um die moralische Verantwortung der Vertreter des alten Regimes und ihrer politischen Erben für die unzähligen, im Namen der Sowjetunion begangenen Verbrechen wird in den demokratischen Medien unablässig und mit Eifer ausgetragen. Die Gesamtentwicklung spricht für eine längere Periode noch bevorstehender, tiefgreifender Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit.

### **Dissidentenbewegung und Zusammenbruch des kommunistischen Regimes**

Kritik an Teilaspekten des sowjetischen Systems konnte in der ukrainischen Intelligenz nur zeitweilig, insbesondere zwischen 1956 und 1973, geäußert werden. Die breitere geistige Bewältigung des Kommunismus setzte erst in der ukrainischen Variante der Perestrojka (ukr.: perebudova) ein. Vorher wurden Regungen des Protestes in der ukrainischen Sowjetrepublik stets – aus nationalitätenpolitischem Kalkül heraus – besonders grausam unterdrückt. Noch unter Brežnev stellten die Ukrainer einen überproportionalen Anteil der Polithäftlinge in den Gefängnissen und Lagern. Dennoch bereiteten die ukrainischen Dissidenten seit den 70er Jahren die entscheidende Auseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus vor und legten den Keim zu den Organisationen, die in den späten 80er Jahren Demokratie, Autonomie und schließlich die volle Unabhängigkeit ihres Landes forderten. Einige ihrer programmatischen Thesen, ihrer im Selbstverlag und teilweise im Westen erschienenen Werke hatten große Bedeutung für die geistige Überwindung der Sowjetunion in der Ukraine. So wurde z.B. Ivan Džuba nach 1991 der erste Kultusminister der Ukraine. Er war als Vorsitzender des Schriftstellerverbandes 1972 wegen seines Samizdat-Buches: "Internationalismus oder Russifizierung?" inhaftiert und zum Widerruf dieses Werkes gezwungen worden. Die ukrainische "*Hel-sinki-Gruppe*" (die über die Einhaltung der sowjetischen Verpflichtungen von Helsinki bezüglich der Menschenrechte wachte) wurde seit den 70er Jahren massiv verfolgt. Ihre führenden Köpfe waren in den späten 80er Jahren maßgeblich an den Aktivitäten der Autonomie- und Demokratiebewegung beteiligt.

Der Zusammenbruch des kommunistischen Regimes ist einerseits auf die Arbeit dieser Widerstandsbewegung zurückzuführen. Dabei wirkten Vereinigungen wie die Gesellschaft "*Memorial*" entscheidend mit, die in den letzten Jahren der Sowjetukraine die Untaten der sowjetischen Führungen, etwa durch Aufdecken von Massengräbern, ständig ins Bewußtsein rückten. Die wirksamsten Schritte zum politischen Umbruch unternahmen allerdings Teile der führenden sowjetukrainischen Partielite, als sie sich in einem faktischen Bündnis mit den von unten agierenden Gruppen gegen das Moskauer Zentrum stellten. Hauptrepräsentant dieser Kräfte war der letzte Präsident des Obersten Sowjet der ukrainischen Sowjetrepublik und erste vom Volk gewählte Staatspräsident der Ukraine, Leonid Kravčuk.

## Auseinandersetzung mit der Geschichte

Ausgeprägt ist die Abkehr vom sowjetischen totalitären System und die Aufarbeitung der Vergangenheit in der Geschichtswissenschaft. Zwar sind die führenden Historiker im Institut für Geschichtswissenschaft an der Akademie der Wissenschaften der Ukraine nicht ausgetauscht worden, ebensowenig wie dies in anderen ehemaligen Ostblockstaaten mit Ausnahme der DDR geschah. Die bis zur Unabhängigkeit führenden sowjetischen Historiker sind jedoch ins zweite Glied zurückgetreten,<sup>1</sup> andere, in der Sowjetzeit verfemte, unterrichten wieder.<sup>2</sup> Thematisch ist ein starker Wandel zu verzeichnen. Die Auseinandersetzung mit der sowjetischen Vergangenheit wird anhand einer breiten Quellenbasis geführt, vor allem die Archive des KGB werden ausgewertet. Gezielt werden die sowjetischen Verbrechen bearbeitet, aber auch Verfälschungen und systematische Auslassungen der sowjetischen Geschichtswissenschaft korrigiert.<sup>3</sup> Ausgeprägt ist das Nachholen westlicher Ergebnisse und Methoden, insgesamt ist die Zusammenarbeit mit der internationalen, frei arbeitenden Historiographie, allen voran der kanadischen und US-amerikanischen, bereits gut entwickelt. Wie auf anderen Gebieten der gesellschaftlichen Transformation ist hier die Westukraine führend. So wird das 1992 an der Lemberger Universität gegründete Institut für historische Studien ständig materiell und ideell vom Canadian Institute of Ukrainian Studies der Universität von Alberta unterstützt. Das gleiche kanadische Institut finanziert Austauschprogramme, die auch den Osten der Ukraine einbeziehen.<sup>4</sup> Ukrainische Geschichtswissenschaftler nehmen regelmäßig an westlichen Fachtagungen teil (auch in Deutschland), schreiben Beiträge für westliche Zeitschriften oder geben diese sogar mit heraus (wie auch umgekehrt). Forschungs- und Publikationseinrichtungen arbeiten institutionell zusammen. Bereits im September 1990 wurde in Kiew ein internationales Symposium über den Hungermassenmord von 1932/33 an der ukrainischen Bauernschaft, das schlimmste stalinistische Verbrechen, durchgeführt.

In den Lehrplänen zur Geschichte und der praktischen Schularbeit schlägt sich der Wille zur Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit deutlich nieder. In den Lehrplänen des Ministeriums für Bildung und Kultur ist die Abkehr von der früher verbindlichen Geschichtslehre des sozialistischen und sowjetischen Internationalismus klar vollzogen. Über

---

<sup>1</sup> So ist Ju. Kondufor, ein Vertreter der alten Linie, seit 1993 nur noch stellvertretender Chefredakteur der Fachzeitschrift des Instituts für Geschichtswissenschaft. An seine Stelle trat M.V. Koval', der ebenso wie sein Nachfolger V.A. Smolij (seit 1996) schon in der Spätzeit der Sowjetunion zum autonomistischen Flügel der Historiker gehörte.

<sup>2</sup> Besonders Mychajlo Brajčevs'kyj, der seinen Posten als Universitätshistoriker nach 1969 verloren hatte, weil er in einem aufsehenerregenden Buch, das im Selbstverlag und im Westen erschien, das sowjetische Schema der "Wiedervereinigung" des russischen und ukrainischen Volkes widerlegt hatte. Er wurde Ende 1994 Professor an der Kiewer Mohyla-Akademie (heute: Internationale Universität). *Ukrajins'ki visty*, (Warren Detroit), 48, 11.12.1994, S. 1.

<sup>3</sup> Beispiele unter vielen: Konferenz über M. Hruševs'kyj an der Lemberger Universität Ende 1994: *Ukrajins'ki visty*, 46, 27.11.1994; das 1994 in Kiew erschienene Buch des Historikers I. Bilas: Das repressive Strafsystem in der Ukraine 1917-1953, in dem Moskauer Geheimarchive ausgewertet sind; V. Prystajko/Ju. Šapoval, *Mychajlo Hruševs'kyj i GPU-NKVD. Trahične desjatylyttja 1924-1934*, Kiew 1996.

<sup>4</sup> Vgl. Canadian Institute of Ukrainian Studies, *Celebrating 20 Years*, University of Alberta, Edmonton, 1996, S. 18f.

die vorgeschriebene Liste der Prüfungsthemen hinaus können die Lehrkräfte in Absprache mit der Schulleitung zusätzliche Themen durchführen. Es fehlt noch an Unterrichtsmaterial, Unterrichtende und Lernende sind hier oft auf Eigeninitiative angewiesen. Dies führt jedoch auch zu pluralistischen Interpretationen und Diskussionen, die in den höheren Klassen zumindest an manchen Schulen bereits stattfinden. So berichtete mir eine ukrainische Lehrerin im Sommer 1996, daß an ihrer Kiewer Mittelschule auf Anregung von Schülern die gerade diskutierte These von Angriffsabsichten Stalins 1941 im Geschichtsunterricht referiert und besprochen wurde. Nach Aussagen derselben Lehrerin gibt es vereinzelt noch Widerstand kommunistisch gesonnener Geschichtslehrer/innen gegen die neuen Lehrpläne in Form von verächtlichen Meinungsäußerungen im Unterricht über die nun vorgesehene Art der Behandlung von Themen.

Neben dem Themenkatalog des Ministeriums werden jährlich auch Themenvorschläge und Behandlungshinweise der Akademie der Wissenschaften und der Kiewer Universität herausgegeben und den Kollegien zugänglich gemacht, die sich am heutigen westlichen wissenschaftlichen Standard orientieren und die historische Aufarbeitung des kommunistischen Unrechts gezielt in Angriff nehmen. In der Zeitschrift des Instituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der Ukraine wurde in der Rubrik für den Schulunterricht in Geschichte 1993 empfohlen, die mündliche Überlieferung zur Zwangskollektivierung der ukrainischen Bauernschaft heranzuziehen und westliche Werke darüber zu benutzen.<sup>5</sup>

Eine entschiedene Annäherung an westliche Verhältnisse ist auch in dem der Gemeinschaftskunde/Politik entsprechenden Fach "Grundlagen des Staats und Rechts der Ukraine" (vereinfacht auch offiziell "Rechtskunde" genannt) zu beobachten, das in den neunten Klassen der allgemeinbildenden Schulen gelehrt wird, besonders in dem Kurs "Menschenrechte", der für die zehnten und elften Klassen der allgemeinbildenden Schulen, in Lyceen und Gymnasien zur vertieften Behandlung empfohlen wird. Zusammen mit der neuen Verfassung der Ukraine (s.u.) bringen die entsprechenden Empfehlungen für den Schulunterricht die Anerkennung der europäischen Rechtsgemeinschaft und ihrer Normen durch die Ukraine zum Vorschein, wie sie auch durch die Mitgliedschaft im Europarat zum Ausdruck kommt.<sup>6</sup>

## Die nationaldemokratischen Gruppierungen

Im Richtungsstreit zweier Lager betonen die Gegner der Kommunisten, die Parteien und Gruppierungen der "Nationaldemokraten", die Abwendung von der kommunistischen Vergangenheit und streben auch die juristische Aufarbeitung an. Sie befürworten die marktwirtschaftlichen Reformen und die Vollendung des Rechtsstaates und sind gegen alle Versu-

---

<sup>5</sup> T.V. Kudrja in: *Ukrajins'kij istoryčnyj žurnal*, 1, 1993, S. 85-93: *Vyvčennja temy "Kolektyvizacija sils'koho hospodarstva" na uroci z istorii Ukrajinjy* (Die Behandlung der "Kollektivierung der Landwirtschaft" im Unterricht der Geschichte der Ukraine). Kudrja verweist wiederholt auf R. Conquest, *Harvest of Sorrow. Soviet Collectivization and the Terror-Femine*, New York 1986.

<sup>6</sup> Vgl. *Prava ljudyjny. Metodyčni rekomendaciji dlja včyteliv zahal'noosvitnych škil, himnazij ta licejiv*, Kyjiv 1996, 6ff.

che Rußlands und der Kommunisten im eigenen Land, die Sowjetunion in anderer Form wieder aufleben zu lassen. Ein Hauptforum der Auseinandersetzung zwischen den beiden Strömungen ist die Verchovna Rada, das ukrainische Parlament. Da es in seiner Zusammensetzung nach der Verkündung der Unabhängigkeit am 24. August 1991 zunächst erhalten blieb, spiegelte die Sitzverteilung bis zu den ersten demokratischen Wahlen am 27. März 1994 noch die Mehrheitsverhältnisse der späten Sowjetzeit wider, mit weniger als 110 Sitzen von den 450 für die Abgeordneten des antikommunistischen Blocks.

Zu den Nationaldemokraten gehören auch zentristische, sozialdemokratisch, liberal und ökologisch ausgerichtete Gruppen. Die nationalstaatliche Komponente ist also inhaltlich nicht unbedingt dominierend, sondern trat im Richtungskampf der beiden Blöcke in den ersten fünf Jahren in den Vordergrund, als die Konsolidierung der Unabhängigkeit tatsächlich vorrangig erschien.<sup>7</sup> Es wäre also falsch (wie es in den deutschen Medien hier und da geschieht), nach der Unabhängigkeit eine Polarisierung zwischen nationalistischen Kräften und Kommunisten anzunehmen, die den Kampf um Reformen überlagerte oder gar verdeckte. Daß sich außer der Umweltpartei auch die Sozialdemokraten zu den "Nationaldemokraten" zählen, geht u.a. aus dem Aufruf des 8. Kongresses der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine in Pervomajsk (1./2. Juni 1996) an die nationaldemokratischen Kräfte der Ukraine hervor, in gemeinsamer Aktion das "totale Nomenklaturregime" oder die Versuche zur "kommunistischen Revanche" zu verhindern.<sup>8</sup>

Ruch, die zur Partei gewordene frühere Dachorganisation der Unabhängigkeitsbewegung, ist mit ca. 50.000 Mitgliedern die größte der Gruppierungen, die gegen die alten Kräfte auftreten. Ruch bildete auch den Kern des demokratischen Wahlbündnisses, des "Ständigen Koordinierungsrats der demokratischen Parteien und Organisationen", der am 8. Dezember 1993 konstituiert wurde. Ihm gehörten außerdem an: die "*Demokratische Partei der Ukraine*", die "*Ukrainische Republikanische Partei*", die "*Partei für die demokratische Wiedergeburt der Ukraine*", die "*Grüne Partei*", die "*Ländliche Demokratische Partei*" und die "*Ukrainische Nationalkonservative Partei*". Ein Hauptziel dieser Koalition bestand darin, die Folgen des kommunistischen Unrechts zu beseitigen. Privatisierung und Rückgabe des Enteigneten wurden in einem Zusammenhang gesehen.<sup>9</sup> Der Kampf gegen die kommunistische Vergangenheit war und ist weiterhin in diesem Block schon in den führenden Personen verkörpert: Vjačeslav Čornovil, Vorsitzender des Ruch, war ebenso langjähriger Polithäftling wie Levko Lukjarenko, Mitvorsitzender des Wahlbündnisses. Die Ukrainische Republikanische Partei ist unmittelbar aus der Dissidenten- und Menschenrechtsbewegung der Ukraine, der ukrainischen "Helsinki-Gruppe", entstanden und wird ebenfalls von vormaligen politischen Häftlingen, den

---

<sup>7</sup> Die am 27. Juni 1996 verabschiedete Verfassung schreibt in Art. 3, Abs. 1 und 2 eindeutig das Recht des Individuums vor allen Rechten des Staates und Volkes fest. In diesem Sinne wird die neue Werteordnung auch für angehende Juristen gelehrt: Interview der Radiosendung "Vsesvitnja služba Ukrajinny" (Weltdienst der Ukraine) mit Prof. Vivčarenko, Lehrstuhlinhaber für Recht an der Kiewer Ševčenko-Universität, am 17.11.1996.

<sup>8</sup> Materialy VIII z'jizdu Social-demokratyčnoji partiji Ukrajinny, 1996, S. 44.

<sup>9</sup> The Ukrainian Weekly ( Jersey City), 50, 12.12.1993.

Brüdern Horyn', geleitet. Außerdem gehören gesellschaftliche Organisationen zu diesem Lager, deren erklärtes Ziel die Aufdeckung und Bearbeitung sowjetischer Verbrechen ist. Im Wahlbündnis von 1993/94 waren es die "*Allukrainische Gesellschaft der Polithäftlinge und Verfolgten*" und die "*Organisation der Soldatenmütter*". Auch die "*Allukrainische Gesellschaft Memorial*" unter ihrem Vorsitzenden, dem ehemaligen Polithäftling Les' Tanjuk, ist in diesem Umfeld zu nennen. Die genannten Gruppen haben außer Mitgliedsbeiträgen keine besondere finanzielle Basis. Allerdings macht sich die materielle und finanzielle Unterstützung der Publikations- und Kulturarbeit des gesamten nationaldemokratischen Lagers durch Stiftungen der ukrainischen Diaspora in den USA und Kanada bemerkbar.

Insgesamt haben die Kommunisten mit der Verabschiedung der von ihnen mehrheitlich bekämpften Verfassung durch das Parlament am 28. Juni 1996, mit den seit Präsident Kučmas Amtsantritt (Juni 1994) konsequent verfolgten marktwirtschaftlichen Reformen, der Durchführung der Währungsreform Anfang September 1996 und der von Kučma vollzogenen engen Anbindung an den Westen, insbesondere an die USA, deutliche Niederlagen einstecken müssen. Diese Entwicklung wird von Ruch und seinem Führer V. Čornovil als Erfolg der antikommunistischen Kräfte unter Ruch-Führung verbucht.<sup>10</sup> Die Verfassung spricht an mehreren Stellen die Erfahrungen mit dem totalitären Regime an. Sie untersagt die Allgemeinverbindlichkeit einer Ideologie (Art. 15, Abs. 2). Sie enthält ferner ein Verbot von grausamer, entwürdigender Behandlung oder Bestrafung (Art. 28, 2), von Deportation (Art. 25, 2) und medizinischer Zwangsbehandlung (Art. 28, 3). Sie schreibt die Unschuldsvermutung und den individuellen Schuldbegriff fest (Art. 62, 1,2; 61, 2), sieht das Recht auf Entschädigung für zugefügten materiellen oder moralischen Schaden bei ungesetzlichen Beschlüssen, Handlungen oder auch Untätigkeit der Staatsgewalt und der Gerichtsorgane vor (Art. 55, 62,5).

Ein wichtiger Faktor, auf den die antikommunistischen Kräfte zählen können, ist die Pressefreiheit und die freiheitliche Ausrichtung des ukrainischen staatlichen Rundfunks und Fernsehens. In diesen Medien kommen immer wieder führende Persönlichkeiten der nationaldemokratischen Gruppen zu Wort, werden die Verfolgungen der sowjetischen Zeit dargestellt. Als eine große und sichere Errungenschaft in der Phase des nachkommunistischen Aufbaus wird die Medienpolitik der Ukraine auch von solchen Gegnern der Kommunisten und ihrer Nachfolger wie V. Čornovil gewürdigt, die sonst mit dem Stand der Überwindung des Kommunismus wenig zufrieden sind.<sup>11</sup>

### **Kommunistische Partei, Postkommunisten und linke Kräfte**

Trotz der Rückschläge, die die Kommunisten hinnehmen mußten, ist die tiefgreifende Wirtschaftskrise ein Faktor, der den "alten Kräften" zugute kommt. Die Kommunistische Partei der Ukraine unter ihrem Vorsitzenden Petro Symonenko – und nicht die postkommunistische oder besser: exkommunistische Sozialistische Partei – ist das Hauptbollwerk dieser Strömung. Sie war bei den Parlamentswahlen im März 1994 am erfolgreichsten, ist mit 91 Ab-

---

<sup>10</sup> Interview mit V. Čornovil im "Weltdienst" von Radio Kiew (Vsesvitnja služba Ukrajiny) am 22.8.1996.

<sup>11</sup> V. Čornovil im Radioweltdienst der Ukraine (Vsesvitnja služba Ukrajiny) am 22.8.1996.

geordneten im Parlament vertreten und stellt somit die größte Fraktion. Die Kommunisten machen Stimmung gegen die Selbständigkeit und verherrlichen unter der alten Symbolik die "Errungenschaften" des Sowjetkommunismus.<sup>12</sup> Natürlich treten sie gegen alle Versuche auf, die Folgen der sowjetischen Herrschaft moralisch und juristisch zu bewältigen, und bekämpfen besonders heftig die Bestrebungen, die antikommunistischen Partisanen der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) zu rehabilitieren. Als internationalistische Partei sind sie faktisch für den Wiederanschluß an Rußland (obgleich sie dafür Umschreibungen wie "enge Zusammenarbeit" oder "integrative Strukturen" wählen), gegen die sprachlich-kulturelle Ukrainisierung (wenngleich das Parteiorgan "Kommunist" auch größere Teile in ukrainischer Sprache enthält) und kämpfen zugleich gegen Marktwirtschaft und westliche Demokratie.<sup>13</sup> Die Verabschiedung der Verfassung stuften sie selbst als schwere Niederlage ein. Sie verfügen über die beste Organisation, können auf das Parteivermögen der sowjetischen Kommunistischen Partei der Ukraine zurückgreifen, sind in allen Regionen vertreten und haben die meisten Mitglieder (ca. 120.000). Ihnen am nächsten stehen die Sozialistische Partei der Ukraine (12.000 Mitglieder, 14 Abgeordnete) und die Bauernpartei (50.000-60.000 Mitglieder, 21 Abgeordnete).<sup>14</sup>

Zwischen diesen Parteien muß man jedoch deutliche Trennungsstriche ziehen. Sie bilden keinen Block und unterhalten kein festes Bündnis. Kommunisten, Sozialisten, Agrarier und "Unabhängige", die sich ihnen angeschlossen haben, halten in der Verchovna Rada weniger als 40% der 450 zu vergebenden Sitze, von denen allerdings auch nach wiederholten Wahlgängen Ende 1996 nur 419 besetzt waren. Im Vergleich zu den Ergebnissen der vorangegangenen, nur teilweise freien Wahlen im März 1990, die den Kommunisten und ihren Bundesgenossen zwei Drittel der Sitze einbrachten, ist diese Sitzverteilung also nicht unbedingt ein Rückschlag für die reformerischen Kräfte, wenngleich sich diese wesentlich mehr erhofft hatten. Ehemalige Kommunisten und Parteimitglieder halten aber ihre Stellungen in der Gesellschaft: in den Instituten der Akademie der Wissenschaften (wenngleich ihr Einfluß dort stark zurückgegangen ist, wie das Musterbeispiel Geschichtswissenschaft beweist), in Ministerien und in Wirtschaftsunternehmen. Dies ist natürlich, wenn man bedenkt, daß das Monopol zur Ausbildung und Positionierung von Führungseliten in den Händen der kommunistischen Partei lag.

Angesichts des Gesamtverhaltens der KP und ihrer Propaganda<sup>15</sup> sind Bekenntnisse zur Demokratie und auch zur Unabhängigkeit der Ukraine als Lippenbekenntnisse oder Minderheitenansichten innerhalb der Kommunisten zu bewerten. Immerhin haben einige (ca. 20) kom-

---

<sup>12</sup> So nennt sich z.B. die im Februar 1993 erneuerte Jugendorganisation der Kommunisten wiederum Komso-mol.

<sup>13</sup> Vgl. *Komunist*, Jg. 33, August 1996, S. 6 mit Schmähungen der Nationalsymbole und der Verfassung der Ukraine.

<sup>14</sup> Diese Angaben beruhen auf persönlichen Befragungen von Abgeordneten der Verchovna Rada verschiedener Parteien im November 1996.

<sup>15</sup> Bezeichnend war der Versuch der kommunistischen Abgeordneten der Verchovna Rada Ende Januar 1993, über eine Reaktivierung der ukrainischen Sowjets im Bunde mit den russischen eine Änderung des Regierungskurses zu erzwingen.



munistische Abgeordnete für die Verfassung gestimmt, und es scheint auch einen kleineren Flügel zu geben, der die Selbständigkeit der Ukraine voll bejaht. National- und reformkommunistische Einflüsse müssen berücksichtigt werden, wie ja auch ein erheblicher Teil der Unabhängigkeits- und Demokratiebewegung Ende der 80er Jahre aus der Parteinomenklatura heraus entstand.<sup>16</sup> Daß es sich bei den Kommunisten keineswegs mehr um eine ideologisch festgefügte Gruppe handelt, zeigt der Einstieg von Angehörigen dieser Partei in die wirtschaftliche Privatisierung.<sup>17</sup>

Die den Kommunisten nahestehenden Gruppierungen sind vor allem die Sozialistische Partei, die Agrarier, der Verband der Kolchosdirektoren und ein Teil der Gewerkschaften. Insgesamt sind sie die wesentlichen Hindernisse für eine radikalere Auseinandersetzung mit der sowjetischen Vergangenheit. Nach dem Verbot der Kommunistischen Partei am 29. August 1991 trat ein Teil der kommunistischen Parlamentarier aus der Partei aus und der neu gegründeten Sozialistischen Partei bei. Diese verharrte unter der Präsidentschaft L. Kravčuks in der Rolle der hauptsächlichen Oppositionspartei gegen die Reformpolitik der Regierung. Nach den Parlamentswahlen im März 1994 und seit Amtsantritt des neuen Staatspräsidenten Kučma im Juni 1994 unterstützt sie in manchen Fragen die Staatsführung. Der Vorsitzende der Sozialisten, Oleksander Moroz, hat seit dem 19. Mai 1994 den Parlamentsvorsitz inne. Moroz hat sich mehrfach eindeutig gegen Versuche zur Erneuerung der Sowjetunion ausgesprochen, sich damit von den Kommunisten abgegrenzt und dies u.a. auch durch seine Teilnahme an den Feierlichkeiten zum fünften Jahrestag der Unabhängigkeit im August 1996 bekräftigt. Auch in den Grundlinien der Wirtschaftsreform und im Streit um die Verfassung unterstützte er schließlich den Präsidenten.<sup>18</sup> Die Sozialisten stimmten der Verfassung zu, in anderen wichtigen Fragen hatten sie vorher gemeinsam mit den Kommunisten agiert.<sup>19</sup>

Die Gewerkschaften lassen sich in die Nachfolgeorganisationen der früheren sowjetischen Gewerkschaften und in einige "Freie Gewerkschaften" unterteilen. Die früheren sowjetischen gingen in die "Föderation der unabhängigen Gewerkschaften der Ukraine" über, die 1991 konstituiert wurde. Sie behielt das Vermögen des alten sowjetischen Gewerkschaftsbundes der ukrainischen Sowjetrepublik und nahm in den ersten Jahren der Unabhängigkeit weiterhin soziale Aufgaben wahr. Heute ist nur noch ein Rest dieser Funktionen bei den Gewerkschaften verblieben, so z.B. die Vergabe von Plätzen in Ferienwohnheimen. Die Zahl der Mitglieder ist seit 1991 ständig geschwunden. Sie liegt heute (Ende 1996) bei 50.000. Dies hängt auch mit der Bildung der Freien Gewerkschaften zusammen, autonomen Einzelgewerkschaften mit Dachverband und Exekutivkomitee. Die unabhängige Bergarbeitergewerkschaft,

---

<sup>16</sup> Solche Einflüsse zeigen programmatische Erklärungen des Kongresses der KPU von 1993: *Tovaryš* ("Der Genosse") 3, 1993, S. 52 über die "Wiedergeburt des ukrainischen Volkes" und seiner Kultur. D. Pavlyčko, *Paradoksal'nyj obraz sučasnoji Ukraïny*, in: *Ukrajins'ki visty*, 4.12.1994, S. 3 schätzt die nationalkommunistische Gruppe der KPU auf etwa 40 Abgeordnete.

<sup>16</sup> *Ukrajins'ki visty*, 20.11.1994, S. 1.

<sup>17</sup> Vgl. H. König, *Wohin steuert Rußland?* Bericht über die erweiterte Redaktionskonferenz, in: *Osteuropa*, Jg. 46, 11, 1996, S. 1140; *Ukrajins'ki visty*, 4.12.1994, S. 2.

<sup>18</sup> *Ukrajins'ki visty*, 20.11.1994, S. 1.

<sup>19</sup> A. Wittkowsky, *Politische Eliten der Ukraine im Umbruch*, *Osteuropa*, Jg. 46, 4, 1996, S. 373.

die Gewerkschaft des fliegenden Personals der Zivilluftfahrt der Ukraine und die Gewerkschaft der Lokführer sind die wichtigsten Einzelorganisationen. Die Freien Gewerkschaften stehen der westlichen Sozialdemokratie und den westlichen Gewerkschaften nahe. Auch die "Föderation der Gewerkschaften" bekämpft den Reformkurs der Regierung nicht grundsätzlich, sondern fordert eine "kritische Partnerschaft".<sup>20</sup> Zwischen den Gewerkschaften und den Kommunisten besteht kein Organisationsbündnis. Kommunistisch gelenkt ist der am 18. Dezember 1994 gegründete "Bund der Arbeiter der Ukraine". Insgesamt werden die Gewerkschaften von Kommunisten und Sozialdemokraten umworben. Die letzteren betrachten die Freien Gewerkschaften ebenso wie die Föderation der Gewerkschaften in gleicher Weise als ihre natürlichen Partner.<sup>21</sup>

## Rehabilitationen

Die juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts im Sinne einer konsequenten Strafverfolgung der Täter wurde in der Ukraine noch nicht in Angriff genommen, und Rechtsgrundlagen dafür fehlen. Jedoch geht die Rehabilitation und Entschädigung der Opfer bereits seit 1991 in großem Umfang vor sich. Immer wieder wird die Bestrafung der Täter der sowjetischen Zeit in der demokratischen Presse gefordert. Die Verfassung schließt in Art. 58 rückwirkende strafrechtliche Verfolgung aus. Niemand muß sich für Taten verantworten, die zur Zeit ihrer Verübung nicht gesetzlich als Rechtsverletzungen ausgewiesen waren (Art. 58, Abs. 2).

Mit der Wiederzulassung der Kommunisten durch einen Regierungsbeschluß vom 1. Mai 1993, dem bekräftigenden Beschluß des Obersten Gerichts im Oktober 1993 und der Abstimmung darüber in der Verchovna Rada am 18. Oktober 1994, die die Mehrheit von 198 Stimmen für die Aufhebung des Verbots der Partei brachte, haben die demokratischen Kräfte – ähnlich wie in Rußland – eine schwere Niederlage erlitten. Damit wurde auch ein starkes Hindernis für eine umfassende Strafverfolgung kommunistischer Untaten der Vergangenheit errichtet.

Die hauptsächliche rechtliche Grundlage der Ukraine zur Wiedergutmachung der Verfolgungen der Sowjetzeit ist das Rehabilitationsgesetz von 1991, vorher schon galten Rechtsakte der Sowjetunion.<sup>22</sup> Das Rehabilitationsgesetz und seine Ergänzungen regeln die Anerkennung der vom sowjetischen Regime Verfolgten, die moralische und rechtliche Rehabilitation und die materielle Reparation bzw. Entschädigung. Dieses "Gesetz zur Rehabilitation der Opfer politischer Repressionen" (Zakon pro reabilitaciju žertv polityčnych represij) wurde noch vor der

---

<sup>20</sup> So z.B. der Vorsitzende Dr. O. Stojan anlässlich einer Konferenz von Wissenschaftlern und Praktikern in Kiew am 24.11.1995, die aktuellen Problemen der Gewerkschaftsarbeit gewidmet war.

<sup>21</sup> Materialy VIII z'jzdu Social-demokratyčnoji partiji Ukrajinu, m. Pervomaj'sk 1-2 červnja 1996 r., S. 49. Auch die Föderation der Gewerkschaften unterhält Verbindungen zu westlichen sozialdemokratischen Kräften: Ukrajins'ki visty, 13.2.1994, S. 1.

<sup>22</sup> Oe. Baller, Juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts in Rußland, in: G. Brunner (Hrsg.), Juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts in Osteuropa und Deutschland (Osteuropa-Forschung; Bd. 34), Berlin 1995, S. 153.

Verkündung der Unabhängigkeit am 17. April 1991 vom Obersten Sowjet der damaligen Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik beschlossen.<sup>23</sup> Änderungen und Zusätze vom 15. Mai 1992 und vom 19. November 1992<sup>24</sup> betreffen die Ausdehnung der Rehabilitation auf Deportierte, auf von Militärtribunalen oder vom Obersten Gericht der Sowjetunion Verurteilte und durch außergerichtliche Instanzen Verfolgte (Art. 1, Abs. 4), die Auszahlung finanzieller Entschädigungen für Zeiten der Haft und Zwangsinternierung (Art. 5, Abs. 1), die Revision von Revisionsverfahren der Gerichtsorgane der UdSSR und der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik durch das Oberste Gericht der Ukraine (Art. 7, Abs. 7) und die Anerkennung von Verurteilungen nach gewissen strafrechtlichen Bestimmungen der UdSSR als politische Verfolgung (Art. 7, Abs. 8). Als Ausführungsbestimmungen regelt ein Regierungsbeschluß vom 18. Februar 1993<sup>25</sup> die Zuständigkeit der Ausschüsse für die Bearbeitung von Anträgen rehabilitierter Bürger oder ihrer Erben sowie die Einzelheiten der Kompensation, Besitzrückgabe oder Entschädigung; ein Parlamentsbeschluß vom 24. Dezember 1993<sup>26</sup> erklärt als Auslegungsrichtlinie für Antragsteller und Behörden wesentliche Begriffe des Gesetzes: politische Motive der Verfolgung, Territorium der Ukraine, Bürger der Ukraine, Arten der Repression, Deportation. "Kommissionen der Räte der Volksdeputierten zur Erneuerung der Rechte der Rehabilitierten" in den einzelnen Gebieten der Ukraine setzen die Beschlüsse der Regierung und der Verchovna Rada um (Regierungsbeschluß Nr. 112, Zusatz Nr. 2 vom 18.2.1993).

Das Gesetz umfaßt die gesamte sowjetische Ära seit 1917 bis zum Zeitpunkt seines Inkrafttretens und betrifft nach dem Zusatzbeschluß Nr. 112 (Art. 1, Abs. 2) der ukrainischen Regierung vom 18. Februar 1993 alle, die auf dem Territorium der Ukraine Verfolgungen erlitten haben, ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft.<sup>27</sup> Es bezeichnet alle Arten der Verfolgung: den Verlust oder Schaden an Leib und Leben, die Aufhebung und Begrenzung von bürgerlichen Rechten und Freiheiten, Titeln, Ämtern u.ä., Haft, Verbannung, Deportation, Zwangseinweisung in eine Heilanstalt, Verlust oder Beschädigung der Habe – formal herbeigeführt durch Gerichtsurteile, Beschlüsse von revolutionären Standgerichten oder Militärgerichten, auf der Grundlage von berichtigten Paragraphen der Gesetze der Sowjetukraine über "antisowjetische Agitation und Propaganda, zersetzende Falschmeldungen oder Verstöße gegen die Trennung von Kirche und Staat", die einzeln zitiert werden. Besonders genannt werden die Opfer der Zwangskollektivierung und damit die schlimmste Ausprägung der kommunistischen Ver-

---

<sup>23</sup> Veröffentlicht in den Nachrichten des Obersten Sowjets: Vidomosti Verchovnoji Rady (im Folgenden: VVR), 1991, Nr. 22, Pos. 262; Inkrafttreten: Pos. 263.

<sup>24</sup> VVR 1992, Nr. 32, Pos. 456; 1993, Nr. 2, Pos. 9.

<sup>25</sup> Beschluß Nr. 112 vom 18. Februar 1993 über die Einbringung von Änderungen und Zusätzen zu den Grundsatzbestimmungen über das Auszahlungsverfahren von Kompensationen, die Rückgabe des Besitzes oder die Entschädigung seines Werts an rehabilitierte Bürger und zu den Grundsatzbestimmungen über die Ausschüsse der Räte der Volksdeputierten zur Erneuerung der Rechte der Rehabilitierten (mit Änderungen Nr. 351 vom 15.5.1993, Nr. 801 vom 24.9.1993 und Nr. 911 vom 9.11.1993).

<sup>26</sup> Beschluß des Obersten Rates der Ukraine über die Auslegung des Gesetzes der Ukraine "Über die Rehabilitation der Opfer politischer Repressionen in der Ukraine", VVR 1994, Nr. 15, S. 88.

<sup>27</sup> Ständig auf dem Territorium der Russischen Föderation lebende Ukrainer können nach Art. 1, Abs. 4 des Zusatzbeschlusses auch dort für Repressionen in der sowjetischen Ukraine entschädigt werden.

brechen in der Ukraine, von der Millionen betroffen waren. Der Zusatz Nr. 2 zum Regierungsbeschluß vom 18. Februar 1993, Abs. 2 benennt wörtlich die "Entkulakisierung" als das erste der sowjetischen Verbrechen, deren Folgen die Kommissionen der Räte der Volksdeputierten zu bearbeiten haben. Auch Verfolgungen und Diskriminierungen durch nicht-staatliche Einrichtungen werden aufgeführt. Besondere Artikel regeln Entschädigungen für Gefängnis- und Straflagerzeiten sowie für den Verlust von Eigentum. In diesem letzteren Fall sind auch die Erben der Geschädigten anspruchsberechtigt; grundsätzlich gelten die Bestimmungen für alle noch lebenden Verfolgten oder (bei Eigentumsverlust) ihre Erben ungeachtet ihres heutigen Wohnsitzes. Die materielle Wiedergutmachung für persönliche Verfolgung wird in Art. 5 des Gesetzes in Mindestlöhnen definiert, ist also inflationsunabhängig: ein Mindestmonatslohn für einen Monat Freiheitsentzug, insgesamt sind bis zu 75 Mindestlöhnen vorgesehen. Angerechnet werden die Zeiten des Freiheitsentzugs für Rentenzahlungen im Verhältnis eins zu drei (Art. 6, Abs. 1). Auch andere materielle Vergünstigungen und Pflegemaßnahmen sind für solche Opfer vorgesehen: bevorzugte Zuteilung von Wohnraum<sup>28</sup> und Telefonanschlüssen, zinslose Darlehen für Bauvorhaben und bevorrechtigter Eintritt in Wohnungsbaugenossenschaften, Kuraufenthalte für invalide Verfolgte, kostenlose Zuteilung eines Automobils, kostenlose Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, ein günstiger Sondertarif für die Nutzung öffentlicher Dienste in Gebäuden, Sonderzuteilung von Medikamenten und geringere Rezeptgebühren. Ausgenommen von diesen Zusatzbestimmungen sind alle Deportierten, so auch die große Gruppe der im Zuge der Zwangskollektivierung Umgesiedelten (Art. 7, Abs. 2 Erläuterungsgesetz).

Unrechtmäßig enteignete Habe wird nur dann zurückgegeben, wenn sie nicht in Gemeineigentum überführt ist und genutzt wird, einem anderen Besitzer formal rechtmäßig übergeben oder umgebaut wurde (Art. 9, Abs. 2, 3 Erläuterungsgesetz, Art. 11 Zusatzbeschluß Nr. 112). Der Regelfall ist auch hier die Geldzahlung als Entschädigung (Art. 5, Abs. 2-4). Es werden den Geschädigten oder den Erben ersten Grades bis zu 15 Mindestlöhne ausbezahlt (Art. 18 Zusatzbeschluß Nr. 801 vom 24.9.1993).

Bei einzelnen Mängeln stellt dieses Gesetz insgesamt einen großen Schritt dar auf dem Weg zur juristischen, vor allem aber moralischen Bewältigung des kommunistischen Unrechts. Die materielle Entschädigung für die Leiden und Verluste der politisch Verfolgten ist sicherlich zu niedrig (für die Enteignung eines Hauses wurden z.B. 1996, vor der Währungsreform, 24 Mio. Karbovanci, ca. zwei monatliche Durchschnittslöhne, ausbezahlt); andererseits nimmt der ukrainische Staat mit diesen im einzelnen nicht angemessenen Zahlungen in der Summe dennoch eine enorme Belastung auf sich, und dies in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise. Von großer Bedeutung ist auch in den Augen ukrainischer nichtkommunistischer Parlamentsabgeordneter die öffentliche Darstellung und politische Verurteilung des kommu-

---

<sup>28</sup> Begünstigt sind auch Ehegatten, Kinder oder Eltern des Verfolgten, falls auch sie im Zuge der Repressionen eine Minderung ihrer Wohnverhältnisse erfahren haben (Art. 6, Abs. 3).

nistischen Unrechts, die mit dem Rehabilitationsgesetz im Namen des gesamten Parlaments geschieht, sowie die moralische Wiedergutmachung gegenüber den Opfern.<sup>29</sup>

Für die Überwachung der praktischen Umsetzung der Rehabilitation ist der Ständige Parlamentsausschuß für Angelegenheiten von Kriegs- und Arbeitsveteranen, Invaliden, Bedürftigen, politisch Verfolgten und internationalistischen Kriegsteilnehmern zuständig. Dieser Ausschuß deckt Mißstände bei der Behandlung von politisch Verfolgten auf und wendet sich mit Empfehlungen an die Regierung. Anlaß zu Klagen gab z.B. die mitunter schleppende Auszahlung der Entschädigung durch die Behörden, die in den Zeiten der Hyperinflation 1993 für die Betroffenen besonders schmerzlich war.<sup>30</sup> Als Interessenvertretung der politisch Verfolgten ist die "Gesellschaft der Polithäftlinge und Verfolgten" (Tovarystvo polity'jzniv i represovanych) tätig. An ihrer Spitze steht der unter Brežnev verfolgte Schriftsteller und heutige Parlamentsabgeordnete Jevhen' Sverstjuk, eine angesehene Persönlichkeit des ukrainischen Geisteslebens, der als überzeugter Christ und Befürworter abendländischer Ethik für die geistig-moralische Erneuerung der Gesellschaft eintritt. In den Medien kommt er immer wieder zu Wort.<sup>31</sup>

Eine Hauptschwäche des Rehabilitationsgesetzes und der Auslegungsrichtlinien sind die Bestimmungen über den von der Rehabilitation ausgenommenen Personenkreis. Dies sind "Vaterlandsverräter" und solche, die wegen "Spionage, Diversion, Zersetzung, Sabotage und Terrorakten" verurteilt waren (Art. 2, Abs. 1, Art. 5, Abs. 1 Erläuterungsbeschluß). Für sie sollen die Vorschriften der Strafgesetze der Sowjetukraine von 1922, 1927 und 1961 weiterhin gelten, wenn eine "schlüssige Menge von Beweisen" dies nahelegt. Ausgeschlossen sind ferner Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit (Art. 2, Abs. 2, Erläuterungsbeschluß Art. 5, Abs. 2), gemeint sind Kriegsverbrecher (bzw. als solche Verurteilte), die in Formationen der deutschen Wehrmacht, ihrer Bundesgenossen oder anderer Organe der Okkupanten gegen die Sowjetunion kämpften. Außer den Gesetzen der Alliierten wird hier auch der Ukaz des Obersten Sowjet der UdSSR vom 19. April 1943 über die Bestrafung derartiger Kriegsverbrecher (oder als solcher Verdächtigter) zugrunde gelegt. Weiterhin werden ausgenommen Verurteilte für "bewaffnetes Eindringen auf das Territorium der Ukraine, die Organisation bewaffneter Formationen, die Mord, Raub, Plünderung und andere Gewaltakte verübten, und zwar für die persönliche Mitwirkung bei solchen Untaten" (Art. 2, Abs. 3, Erläuterungsbeschluß Art. 6).

---

<sup>29</sup> Präambel des Rehabilitationsgesetzes: "Die Verchovna Rada der Ukraine verurteilt die Repressionen und distanziert sich von den terroristischen Methoden der Führung der Gesellschaft, spricht den Opfern der grundlosen Verfolgungen, ihren Familien und Nächsten ihr Mitgefühl aus, verkündet den Vorsatz, sich unbeugsam um die Erneuerung der Gerechtigkeit, die Beseitigung der Folgen der Willkürherrschaft und der Verletzung der Bürgerrechte zu bemühen, und garantiert dem Volk der Ukraine, daß sich ähnliches nie mehr wiederholen wird, daß Menschenrechte und Gesetzlichkeit sakrosankt beachtet werden".

<sup>30</sup> Holos Ukrajiny, 245, 24.12.1993, S. 2.

<sup>31</sup> So z.B. in einem Interview der Radiosendung "Weltdienst der Ukraine" vom 21.8.1996. Hier traten auch andere politisch Verfolgte und Mitglieder dieser Gesellschaft auf, so der Vorsitzende der Abteilung Kiew, A. Malejev, und I. Rusyn. Insgesamt beklagten sie die noch starke Position der alten Kräfte, erkannten aber den Reformwillen Kučmas an.

Mit diesen Festlegungen sind zum einen die westukrainischen Soldaten der Division Galizien von der Rehabilitation ausgeschlossen, die 1944 unter dem Oberkommando der Waffen-SS gegen die sowjetische Armee kämpften. Bei allen Schwierigkeiten der moralischen Bewertung der sog. westukrainischen "Divisionäre", die mit Hilfe der deutschen Okkupanten (die sie zum überwiegenden Teil ablehnten) die vorrückende Sowjetmacht (deren Terror sie 1939-1941 erfahren hatten) bekämpfen wollten, ist ihre Einstufung als "Landesverräter" schon deshalb fragwürdig, weil diese Soldaten zur Zeit ihres Einsatzes in der Division keine genuinen sowjetischen Staatsbürger waren: Ihre Heimat, die Westukraine, war nur 1939-1941 sowjetisches Territorium gewesen, und dies aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes.

Noch gravierender ist der Ausschluß der in Art. 2, Abs. 3, Erläuterungsbeschluß Art. 6 angesprochenen "bewaffneten Formationen". Hier sind die antikommunistischen Freischärler der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA), des bewaffneten Arms der OUN (Organisation der Ukrainischen Nationalisten), gemeint. Sie kämpften gegen deutsche und sowjetische Streitkräfte (und seit Herbst 1943 auch gegen die nichtkommunistischen polnischen Partisanen). An numerischer Stärke der polnischen Armija Krajowa vergleichbar (ca. 300.000), stützten sie sich auf die Sympathien der Bevölkerung in der Westukraine und bekämpften die Verbände der Sowjetarmee bis ca. 1952 in einem verbissenen, für beide Seiten verlustreichen Partisanenkrieg. Als Mittel in diesem Kampf setzten die Truppen des NKVD auch umfangreiche Deportationen der Zivilbevölkerung ein; die Leidtragenden werden heute auf der Grundlage des Rehabilitationsgesetzes entschädigt. Über die Frage, ob der Kampf der UPA ebenfalls als patriotisch und freiheitlich gewertet werden soll wie die Opfer der kommunistischen Partisanen und der ukrainischen Verbände der Sowjetarmee, ist die ukrainische Gesellschaft bis heute uneins. Es geht dabei auch um die Traditionen der Veteranen beider Seiten, die immer wieder in der Öffentlichkeit dargestellt werden – auch die UPA-Kämpfer trugen Uniformen – und für Reibereien und bittere Diskussionen sorgen. Schon angesichts der Größe der um ihre Rehabilitation nachsuchenden Gruppe und bei dem starken Rückhalt, den sie in der westukrainischen Bevölkerung hat, wäre ein Ende dieses Streites ein wesentlicher Schritt zur inneren Versöhnung der ukrainischen Gesellschaft und zur Überwindung der Folgen der sowjetischen Verbrechen.

Für die Anerkennung der UPA als Kombattanten setzen sich Ruch und die meisten "nationaldemokratischen" Parteien ein, außerdem gesellschaftliche Vereinigungen wie der Veteranenverband der UPA und der "Bund der ukrainischen Offiziere". Gegen eine Neubewertung der UPA sind die Veteranen der Sowjetarmee und die Kommunisten, hingegen die Sozialisten und die Agrarpartei nicht durchgängig.

Nach dem Wortlaut der Bestimmungen sind die Veteranen der UPA nicht grundsätzlich von der Rehabilitation ausgeschlossen, sondern nur im Falle persönlicher Beteiligung an Kriegsverbrechen. Rehabilitiert werden können sie nach Art. 7 Abs. 3 Erläuterungsgesetz, wenn sie als Partisanen auch gegen die "Streitkräfte der deutschen Faschisten und ihre Satelliten" gekämpft haben. Sie müssen aber ihre Rechte in jedem Einzelfall juristisch erstreiten und tragen vorerst die Beweislast. Ebenso wie zur Gesamtzahl der Rehabilitierten werden auch keine Statistiken darüber veröffentlicht, wie viele ehemalige UPA-Kämpfer inzwischen rehabilitiert

sind, die Entscheidungen der Gerichtsinstanzen sind nicht eindeutig. Politische Gremien der Westukraine haben schon Beschlüsse zur Gleichstellung der UPA-Partisanen mit den übrigen Veteranen gefaßt.<sup>32</sup> Eine Kommission der Verchovna Rada zur Einschätzung der Tätigkeit von OUN und UPA (Komisija po ocinci dijaj'nosti OUN i UPA), in der alle Parteien mitwirken, untersucht gegenwärtig, ob neue Richtlinien für die Rehabilitation dieser Gruppe erstellt werden können. Dies befürwortet der ehemalige Polithäftling Jevhen' Pronjuk, der im Leitungsgremium dieser Kommission sitzt.

Nicht berücksichtigt bei der materiellen Entschädigung wurde eine Gruppe Nichtverurteilter, die gleichwohl einen Teil ihres Lebens, mitunter einige Jahre, hinter Stacheldraht verbringen mußte: im Lager geborene Kinder. Parlamentarier der nationaldemokratischen Parteien sehen in dieser Unterlassung zu Recht einen schwerwiegenden Fehler. Diese Gruppe ist sicherlich zahlenmäßig nicht bedeutend, doch kam die Geburt von Lagerkindern nicht so selten vor, wie man vielleicht annehmen könnte.<sup>33</sup>

Gesamtzahlen über die Rehabilitierten und Entschädigten werden von Amts wegen nicht veröffentlicht. Parlamentarier des nationaldemokratischen Lagers sehen darin einen Erfolg der Kommunisten und ihres Umfelds, die den enormen Umfang der Verfolgungen und die Leiden der Westukraine im und nach dem Zweiten Weltkrieg nicht augenscheinlich machen wollten. Von westukrainischen Vertretern der "Gesellschaft der Polithäftlinge und Verfolgten" werden für die schon entschiedenen und unmittelbar zur Entscheidung anstehenden Fälle allein in der Westukraine annähernd 400.000 Personen angegeben.

## Öffentlicher Dienst und Armee

Eine Lustration findet nicht statt. Ein erheblicher Teil der Nomenklatur des alten Regimes wurde in führenden Posten der Exekutive und Jurisdiktion belassen oder übt seine Tätigkeit in Universität und Schule weiter aus. Gefordert wird von demokratischen Medien vor allem die Ersetzung aller Richter der kommunistischen Ära, dabei wird ausdrücklich auf das deutsche Vorbild verwiesen.<sup>34</sup> In den Sicherheitsdiensten hat sich wenig geändert, Premierminister Marčuk (1994 bis Sommer 1996 im Amt) war ehemaliger Chef des Sicherheitsdienstes der Ukraine. Die Auseinandersetzung mit Angehörigen der Strafverfolgungsbehörden, die sich noch in der sowjetischen Zeit und später Übergriffe gegen Antikommunisten erlaubten, wird in scharfer Form und mit Namensnennung in der demokratischen Presse geführt.<sup>35</sup> Ebenso

---

<sup>32</sup> Vgl. Jarosl. Ljal'ka (Hrsg.), *Litopys neskorenoji Ukrajiny*, Kiew (Inst. für Ukrainekunde der Akademie der Wissenschaften) 1993, S. 416. *Komunist*, Jg. 33, August 1996, S. 1.

<sup>33</sup> Der wegen bewaffneten Kampfs gegen die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg zu sieben Jahren Arbeitslager verurteilte Oleh Puškar berichtet von einigen solchen Fällen, die ihm persönlich bekannt wurden: *O. Puškar, Lagernyj tryptych*, Warschau 1994, u.a. S. 243-246.

<sup>34</sup> *Čas*, 31, 9.11.1996, S. 1.

<sup>35</sup> *Čas*, 31, 9.11.1996, S. 1.

gibt es in manchen Zeitungen schonungslose Berichte über den Lebenslauf mancher Mittäter bei Verfolgungen Andersdenkender in der kommunistischen Ära.<sup>36</sup>

Ein allgemeines Recht zur Einsicht in die Akten des KGB für alle Betroffenen entsprechend der deutschen Regelung gibt es in der Ukraine nicht, jedoch hat nach der neuen Verfassung jeder Bürger das Recht, behördliche Informationen über seine eigene Person zu erhalten, sofern sie nicht Staatsgeheimnis sind (Art. 32, Abs. 3, 4). Außerdem wurden die entsprechenden Materialien für Forschungszwecke zugänglich gemacht und werden genutzt.

In der Verfassung sind in Form von Inkompatibilitätsbestimmungen mit der Tätigkeit politischer Parteien in den Organen der Exekutive, Jurisdiktion und örtlichen Selbstverwaltung grundlegende Bestimmungen zur Entpolitisierung der öffentlichen Dienste und der Armee enthalten (Art. 37, Abs. 3, außerdem schließt das Wahlgesetz zur Verchovna Rada Angehörige dieser Dienste vom passiven Wahlrecht aus). In der Armee wird in Form von Informationen, Tagesbefehlen unter anderem erzieherische Arbeit für die Bejahung der neuen politischen Grundlagen geleistet. Diese Art der politischen Bildung innerhalb der Streitkräfte ist stark auf die "Ukrainisierung", die Stärkung des Unabhängigkeits- und Souveränitätsgedankens ausgerichtet und somit per se unvereinbar mit den sowjetischen politischen Traditionen. Führend in dieser Beziehung ist die 1991 neu errichtete ukrainische Nationalgarde. Ihre Funktion wurde durch Kučma gestärkt, als er 1996 ihren Oberbefehlshaber Kuz'muk zum neuen Verteidigungsminister ernannte.<sup>37</sup> Deutlich ausgebaut sind mittlerweile auch die Verbindungen der ukrainischen Armee zu den NATO-Streitkräften, was sich in gemeinsamen Übungen und Trainingsvorhaben gemäß dem Programm "Partnerschaft für den Frieden", in Flottenbesuchen und sonstigen Kontakten äußert. Der "Bund der ukrainischen Offiziere", eine wichtige Teilorganisation der früheren Unabhängigkeitsbewegung, war und ist die treibende Kraft der Ukrainisierung der Armee, formal jedoch nicht mit ihr verbunden. Die Westukraine ist hier wiederum die territoriale Basis. Der Vorsitzende dieser Offiziersvereinigung, General Muljava, kommt in den staatlichen audiovisuellen Medien zu Wort. Andererseits sind natürlich viele Offiziere der sowjetischen Zeit auf ihren Posten verblieben. Bei einer Umfrage innerhalb des Offizierskorps wurde der "Bund der ukrainischen Offiziere" 1996 immerhin von rund einem Drittel der Befragten als "notwendig für die Funktion der Armee" angesehen.<sup>38</sup>

## Symbolik

Zur symbolischen Abrechnung mit der sowjetischen Vergangenheit trägt die öffentliche Würdigung von Opfern der stalinistischen Verfolgung bei, die Darstellung dieser Unterdrückung in literarisch-künstlerischer Gestalt, die Anerkennung oppositioneller Literaten und die Neuverlegung ihrer Werke. Die erwähnte "Gesellschaft für Polithäftlinge und Verfolgte", aber

---

<sup>36</sup> Molod' Ukrajinu, 91, 15. 9.1996, S. 2 über einen linientreuen Schuldirektor und KGB-Mitarbeiter in der Westukraine, der nach 1990 zur antikommunistischen Bewegung überschwenkte.

<sup>37</sup> Nacional'na gvardija Ukrajinu (Die Nationalgarde der Ukraine), in: Čas, 16.8.1996, S. 5.

<sup>38</sup> Komunist, Jg. 33, August 1996, S. 5. Hier wird das Ergebnis der Befragung natürlich als Bestätigung für die geringe Unterstützung des "Bundes der ukrainischen Offiziere" ausgegeben.



auch die seit der Spätzeit der Sowjetunion in der Ukraine bei der Aufdeckung kommunistischen Unrechts besonders rührige Gesellschaft "Memorial" leisten hier zusammen mit Ruch und den übrigen antikommunistisch orientierten Gruppen aktive Öffentlichkeitsarbeit, die in den Massenmedien ihren Widerhall findet. So veranstaltete "Memorial" im Sommer 1996 in Kiew eine Ausstellung über die Perioden der sowjetischen Verfolgung in der Ukraine. Darüber berichtete der Vorsitzende der Kiewer Abteilung im ukrainischen Rundfunk.<sup>39</sup> Bei manchen Themen, so vor allem in bezug auf den Hungermassenmord von 1932/33, fördern auch Regierung und Parlament das Gedenken und die öffentliche Auseinandersetzung. 1993 wurden anlässlich der 60. Wiederkehr dieser Tragödie "Tage der Trauer" durchgeführt. Der angesehene amerikanische Historiker James Mace, der in den 80er Jahren die Kommission des US-Kongresses zur Aufdeckung dieses stalinistischen Verbrechens geleitet hatte, lieferte der Parlamentszeitschrift einen ausführlichen Beitrag zu diesem Thema.<sup>40</sup>

Deutlich zeigt sich das Abrücken von sowjetischer Symbolik in der Umbenennung der vormals sowjetischen Feiertage, die – mit Ausnahme des 8. März – in der Ukraine mittlerweile vollzogen ist. So wird am 9. Mai auch nicht mehr des "Sieges über den Faschismus" gedacht, sondern das Andenken der Gefallenen des Zweiten Weltkrieges in den Mittelpunkt gestellt, der 10. Mai ist der "Tag der Erinnerung an die Opfer des Kommunismus und Faschismus".

Zwei herausragende Beispiele für die Darstellung des kommunistischen Unrechts an Persönlichkeiten der ukrainischen Literatur sind *Mykola Chvyly'ovyj* und *Ivan Bahrjanyj*. Chvyly'ovyj, der 1933 während der schon tobenden Verfolgungswelle gegen ukrainische Intellektuelle durch Selbstmord aus dem Leben schied, ist ein besonders prominentes Opfer der Repressionen. Stalin selbst hatte ihn als "Abweichler" gebrandmarkt, nachdem Chvyly'ovyj, Mitglied der Ukrainischen Kommunistischen Partei, in den 20er Jahren mit der Zeitschrift "Vaplite" eine Kulturbewegung zur Entwicklung einer eigenständigen, von Moskau unabhängigen ukrainischen Literatur begründet hatte. Seine Rehabilitation begann bereits in der Endzeit der Sowjetunion. Sein hundertster Geburtstag am 13. Dezember 1993 war Anlaß für öffentliches Gedenken mit einer Reihe von Lesungen und wissenschaftlichen Veranstaltungen.<sup>41</sup> Die Parlamentszeitschrift vom 11. Dezember 1993 widmete ihm den Aufmacher und eine Sonderseite, brachte bislang wenig bekannte Fotos und zeitgenössische Äußerungen und stellte seinen Tod und die Verfolgung der ukrainischen Intelligenz in den Zusammenhang der, wie nun formuliert wird, "von der bolschewistischen Partei bewußt organisierten Hungersnot von 1933".<sup>42</sup>

Der unter Stalin verfolgte langjährige Polithäftling Ivan Bahrjanyj (1906-1963) gelangte nach seiner Flucht aus der Haft 1944 in den Westen und spielte hier als Vorsitzender des ukrainischen Schriftstellerverbandes im Exil und Gründer einer ukrainischen sozialdemokratischen

---

<sup>39</sup> A. Malejev am 21.8.1996.

<sup>40</sup> Holos Ukrajinjy, 242, 21.12.1993, S. 8.

<sup>41</sup> Holos Ukrajinjy, 224, 25.11.1993, S. 1.

<sup>42</sup> Holos Ukrajinjy, 236, 11.12.1993, S. 1, 6; Zitat auf S. 6.

Partei eine bedeutende Rolle. Ein erheblicher Teil seines Werkes ist der Abrechnung mit dem Stalinismus gewidmet.

Bahrjanyj wurde schon seit 1992 unter Kravčuk in Gedenkfeiern in Kiew gewürdigt, seine Bücher werden mit Hilfe der in Amerika ansässigen Bahrjanyj-Stiftung in Kiew herausgegeben, teilweise wurden sie verfilmt. Die letzte große Feier zu seinen Ehren fand im Oktober 1996 unter der Regie des Schriftstellerverbandes der Ukraine und der Bahrjanyj-Stiftung in Kiew und in der Region Poltava statt. Die Schirmherrschaft hatte Expräsident L. Kravčuk. Überall nahm die Bevölkerung regen Anteil, die Vorsitzenden der lokalen Selbstverwaltungen wirkten mit. Der Galaabend im Kiewer Operntheater am 2. Oktober geriet zu einer scharfen Verurteilung des sowjetischen Kommunismus. Filmaufnahmen vom Hungermassenmord in der Ukraine wurden gezeigt. Das antibolschewistische Pamphlet des Schriftstellers "Warum ich nicht in die UdSSR zurückkehren will"<sup>43</sup> wurde verlesen. Wie öffentlichkeitswirksam diese Feiern waren, geht aus der Tatsache hervor, daß allein im Pädagogischen Institut in Sumy etwa 700 Studenten teilnahmen.<sup>44</sup> Das staatliche Fernsehen berichtete laufend über die Gedenkveranstaltungen.

Die alte sowjetische Symbolik ist selbst in der Hauptstadt teilweise, im Ostteil des Landes weitgehend erhalten geblieben. Auch die meisten Ortschaften außerhalb der Westukraine sind nicht umbenannt worden. Eine Ausnahme bildet Mariupol' (sowjetisch: Ždanov), jedoch werden Kirovohrad, Dniprodzeržins'k, Červonohrad und andere Städtenamen vorerst beibehalten.

In Kiew gab es Ende August 1996 noch etwa 100 Benennungen aus sowjetischer Zeit, vier von den elf Stadtbezirken trugen sowjetische Namen. Parlamentsgebäude, Präsidentenpalast und Ministerien sind noch mit Hammer-und-Sichel-Reliefs versehen. Auf diese Tatsache angesprochen, machte der Vorsitzende der Präsidentenadministration, D. Tabačnyk, im August 1996 den Denkmalschutz geltend.<sup>45</sup> Viele Bezeichnungen sind allerdings auch in Kiew bereits 1991 geändert worden, so die Kirov-Straße, an der das Parlamentsgebäude liegt, in Hruševs'kyj-Straße nach dem ersten Präsidenten der Ukrainischen Volksrepublik, der Platz der Oktoberrevolution in Unabhängigkeitsplatz und das Lenin-Museum in Haus der Ukraine. Zum fünfjährigen Bestehen des ukrainischen Staates wurde medienwirksam die neue Symbolik dargestellt, z.B. durch das Hissen eines Europabanners und der ukrainischen Flagge sowie die Weihe eines Kreuzes auf der Hoverla, dem höchsten Berg der Ukraine, mit Teilnahme des Staatspräsidenten und des Parlamentspräsidenten. Ein Wettbewerb zur Errichtung eines Denkmals für die Unabhängigkeit in der Hauptstadt wurde ausgeschrieben.<sup>46</sup> Der Kiewer Stadtrat faßte zum fünften Jahrestag der Unabhängigkeit den Beschluß, das letzte öffentliche Lenin-Denkmal Kiews auf dem Bessarabs'ka-Platz zu demontieren und in ein Museum zu verbringen. Bei den Diskussionen dieser Frage in den Medien verteidigten die Kräfte der Er-

---

<sup>43</sup> Čomu ja ne choču vertatys' do SRSR (1946); teilweise abgedruckt in der Zeitschrift "Čas" vom 16.8.1996, S. 8 mit ausführlicher Würdigung Bahrjanyjs.

<sup>44</sup> Die Informationen über die Feiern zu Ehren Bahrjanyjs verdanke ich der Tochter des Schriftstellers, Roksolana Bahrjanyj, die als Ehrengast mitwirkte.

<sup>45</sup> Urjadovyj kur'jer, 152-153, 15.8.1996, S. 3.

<sup>46</sup> Urjadovyj kur'jer, 156, 20.8.1996, S. 1; Večirmij Kyjiv, 20.8.1996, S. 3.

neuerung den im Zentrum verhältnismäßig sanften Umbenennungskurs und verwiesen auf die Wiedererrichtung oder Instandsetzung vorsowjetischer Kulturdenkmäler (Denkmal der Kirchenlehrer der Slawen, der Großfürstin Ol'ha, Andreas- und Entschlafenskathedrale) und auf Neubauten mit entsprechender nachsowjetischer Symbolkraft (Kulturpalast "Ukraine").<sup>47</sup>

Von großer symbolischer Bedeutung ist die nun vollzogene Beseitigung der sowjetischen Abzeichen in der Armee und den übrigen Streitkräften sowie die christlich, national und demokratisch orientierte Bebilderung der seit September 1996 eingeführten neuen Währung Hrywnja mit den Portraits z.B. der Kiewer Großfürsten Volodymyr der Große und Jaroslav der Weise, des Kosakenhetmans Ivan Mazepa und des schon erwähnten Mychajlo Hruschewskij. Insbesondere die Würdigung der beiden letztgenannten ist ein radikaler Bruch mit der sowjetischen Geschichtsauffassung, die beide scharf verurteilte: jenen wegen seines Versuchs eines gegen Rußland gerichteten Bündnisses (1708), diesen als wissenschaftlichen Begründer einer eigenständigen ukrainischen Geschichtswissenschaft und politischen Führer der demokratischen, nichtkommunistischen ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung 1917. In der Symbolik zeigt sich auch der unterschiedliche Umgang mit der Vergangenheit in den Regionen der Ukraine. Die Beseitigung kommunistischer Symbole ist in der Westukraine schon im ersten Jahr nach der Unabhängigkeit radikal in Angriff genommen worden und längst vollendet, in der Ostukraine, besonders im Gebiet von Donec'k und Luhans'k, hat sie kaum begonnen. In Odesa ist die Umbenennung dagegen schon weit fortgeschritten. Besondere Rücksicht wird in der Ostukraine offenbar den noch bestehenden Lenin-Standbildern zuteil. Die Rechtsgrundlagen zur Entfernung der sowjetischen Symbolik wurden schon in einem Erlaß (Ukaz) des Präsidenten Kravčuk geschaffen, der allerdings von den einzelnen Gremien der lokalen Selbstverwaltung umgesetzt werden muß und manche Möglichkeiten zu Verschleppung bietet. Dies bedeutet allerdings nicht unbedingt, daß sich die Ratsvorsitzenden aus innerer Überzeugung gegen den neuen offiziellen Kurs stellen; manchmal wollen sie eher Konflikte vermeiden. So wird in Ochtyrka ständig in Form einer Gedenktafel und eines kleinen Museums im dortigen Gymnasium des in der Sowjetunion verfolgten Schriftstellers Borys Antonenko-Davydovyč gedacht, der diese Schule besucht hatte. Gleichzeitig steht das Lenin-Denkmal weiterhin auf dem Hauptplatz des Ortes. Andererseits wirkte der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Orsrats bei den Feiern zu Ehren Bahrjanyjs mit. Bekannt werden jedoch auch Fälle offener, und vorerst erfolgreicher, Obstruktion kommunistischer Fraktionen in Stadträten gegen bereits gefaßte Beschlüsse der Exekutivkomitees zur Entfernung von Lenin-Denkmalern.<sup>48</sup>

Die Überwindung der Folgen der kommunistischen Diktatur wird also nur von einem Teil der politischen Elite und der Gesellschaft der Ukraine energisch vorangetrieben. Einiges ist erreicht, andererseits werden überkommene Strukturen der Sowjetunion von Kräften geschützt, die in der sowjetischen Vergangenheit wurzeln, allen voran von der Kommunistischen Partei

---

<sup>47</sup> Stadtrat K. Matvijenko am 20.8.1996 in einem Interview der Radiosendung "Weltdienst der Ukraine". Die angeführten Bauten waren zum Jahrestag der Unabhängigkeit am 24.8.1996 fertig und wurden in diesem Zusammenhang der Öffentlichkeit präsentiert.

<sup>48</sup> Molod' Ukraïny, 93, 20.8.1996, S. 1 über Vorgänge in Myrhorod (Oblast' Poltava).

der Ukraine. Daraus entstehen immer wieder polarisierende innere Auseinandersetzungen, die die Bestrebungen, Demokratie und Marktwirtschaft zu vollenden, behindern.



**Ernst Lüdemann**

## **Dealing with the Communist Past in Ukraine**

Bericht des BIOst Nr. 39/1997

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

This report on Ukraine forms part of a research project that examines how the many different states of Eastern Europe are coming to terms with their communist past. It focuses in particular on how Ukraine has approached the issues of rehabilitation and communist symbols and how it has confronted, or rather failed to confront, recent history. The report also shows how these issues are dealt with very differently in different regions of the country. As source material it uses mainly Ukrainian press reports and legislative texts.

#### *Findings*

The totalitarian communist dictatorship assumed a particularly grim form in Ukraine on account not only of the Soviet regime's class ideology but also of its nationalities policy. During the forced collectivisation campaign carried out under Stalin, millions of Ukrainian farmers died in what amounted to a deliberately induced famine in "Kulak" villages. This genocide by starvation was accompanied by the physical elimination of a large part of the Ukrainian intelligentsia. Under Brezhnev the Ukrainian share of political prisoners was relatively high; and because of its multinational character, protest uprisings in this Soviet republic were particularly brutally suppressed.

In some areas – in the media and in the public relations work of adequate organisations, for instance – Ukraine has succeeded in confronting with and abandoning the past. In other important areas, such as criminal investigation, however, very little has been done. The six years that have elapsed since the declaration of independence as well as the present phase are described by non-communist forces in Ukraine as the period of "state-building." The inner situation is distinguished by a continuous confrontation between two hostile camps – on the one hand, the Communists and those affiliated with them and on the other, the national-democratic parties and groups – between whom there is little communication.

The problem of transformation is connected with the decisive issue of Ukraine's self-assertion as a nation state. Despite of several lip-services, the Communists reject the independence of the Ukraine, favour the reunification of Ukraine with Russia, oppose Ukrainisation in the spheres of language and culture and are fighting against market economy and Western democracy. Their opponents, by contrast, emphasise a rejection of the communist past and would also like to undertake an examination of it from a legal point of view, a process which has scarcely begun. They are advocates of market reforms and the complete establishment of

a state of law and oppose all attempts by Russia and by the Communists in Ukraine to bring about a revival of the Soviet Union in some other form.

Over the past few years the Communists have suffered a number of clear defeats. These include the passing by the parliament of the new Ukrainian Constitution on 28 June 1996, which the majority of them opposed; the program of market reforms pursued by President Kuchma since his assumption to office in June 1994; the currency reform of early September 1996; and Kuchma's establishment of close ties with the West, particularly the USA. At the same time, the "old guard" has benefited from the country's serious economic crisis.

The injustices of the communist period are an issue that has yet to be tackled by the judiciary. However, since the constitution explicitly forbids retroactive justice, there is no legal basis for doing this. Nevertheless, the democratic press continues to charge the members of the old regime and their notorious accomplices both collectively (the Communist Party) and individually with moral responsibility for abuses during the Soviet period and to demand that they be brought to trial.

There is no general access to secret service and Communist Party documents. Under the law on rehabilitation individuals who were persecuted may be compensated, but compensation for the mass expropriations that fundamentally changed society are ruled out. There has been no examination of former Communist Party functionaries and in principle there is nothing to stop them continuing to work in state institutions.

A number of democratic groups, in particular the "All-Ukrainian Society for Political Prisoners and the Persecuted," have made it their task to ensure that the injustices of the past are not forgotten and are demanding that the issue at least be confronted on a moral level. In this endeavour they are supported by the democratic press and by Ukrainian radio and television and the names of collaborators are publicised. In addition, public commemorations and exhibitions have been held and memorials have been inaugurated. At the same time, most of the old Soviet symbols in the eastern part of the country and some of those in the capital are still existing. In the summer of 1996 a fresh attempt was made to put into practice the decision, long since taken, to remove Soviet names and symbols. The renunciation of the totalitarian Soviet system and dealing with the past is particularly manifest in science of history and also in curricula and teaching work.

The Communist Party, which was re-registered in 1993, and its affiliated groupings constitute the main obstacle to a more radical confrontation with the Soviet past. Since this party continues to adhere to the Soviet system, would like to see a renewal of the Russian-Ukrainian supranational bloc, concedes only a few failings of the Soviet social order and opposes the new constitution and market reforms, any advocacy of democracy or Ukrainian independence by the Communists must be regarded either as lip-service or as the opinion of a minority. Some communist members of parliament did, after all, vote in favour of the constitution and there seems to be a small wing of the party that welcomes Ukrainian independence. Given that a large part of the independence and democracy movement of the late 1980s originated from the ranks of the Communist Party nomenclatura, the influence of nationalist and reform Communists should certainly be taken into account.